GESELLSCHAFTSVERTRAG

§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft

- (1) Die Firma der Gesellschaft lautet:

RPBW Regionale Parkraumbewirtschaftung Wachau GmbH

- (2) Die Gesellschaft hat ihren Sitz in der politischen Gemeinde Spitz an der Donau.
Die Geschäftsanschrift lautet 3620 Spitz, Schlossgasse 3.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist:

Regelung und Bewirtschaftung von privatwirtschaftlichen Parkflächen in der Wachau

- (2) Die Gesellschaft ist weiters zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder nützlich erscheinen.

§ 3 Beginn und Dauer der Gesellschaft

- (1) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer errichtet.
- (2) Jedem Gesellschafter steht das Recht zu, die Gesellschaft zum Ende eines Geschäftsjahres unter Einhaltung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist durch eingeschriebene Briefe an alle übrigen Gesellschafter zu kündigen. Sämtliche Gesellschafter verzichten jedoch für die Dauer von drei Jahren ab Beginn ihrer Zugehörigkeit zur Gesellschaft/ab Gesellschaftsgründung auf die Ausübung ihres Kündigungsrecht.
- (3) Ausdrücklich ausgenommen sind Bankgeschäfte nach dem BWG.

§ 4 Geschäftsjahr

Das erste Geschäftsjahr beginnt mit dem Tag der Eintragung der Gesellschaft in das Firmenbuch und endet am darauffolgenden 31. (einunddreißigsten) Dezember. Die weiteren Geschäftsjahre entsprechen dem Kalenderjahr.

§ 5 Stammkapital und Stammeinlagen

- (1) Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt € 35.000 (Euro fünfunddreißigtausend). Das Stammkapital wird von den Gesellschaftern zur Hälfte in bar einbezahlt und in folgender Weise übernommen.
- (2) Die **Marktgemeinde Spitz** übernimmt eine Stammeinlage von € 8.750,00 (Euro achttausensiebenhundertfünfzig) und leistet darauf eine Bareinzahlung von € 4.375,00.
- (3) Die **Stadtgemeinde Melk** übernimmt eine Stammeinlage von € 8.750,00 (Euro achttausensiebenhundertfünfzig) und leistet darauf eine Bareinzahlung von € 4.375,00.
- (4) Die **Stadtgemeinde Dürnstein** übernimmt eine Stammeinlage von € 8.750,00 (Euro achttausensiebenhundertfünfzig) und leistet darauf eine Bareinzahlung von € 4.375,00.
- (5) Die **Stadt Krems** übernimmt eine Stammeinlage von € 8.750,00 (Euro achttausensiebenhundertfünfzig) und leistet darauf eine Bareinzahlung von € 4.375,00.

§ 6 Organe der Gesellschaft

Die Organe der Gesellschaft sind:

- (1) der oder die Geschäftsführer;
- (2) die Generalversammlung

§ 7 Geschäftsführung und Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat drei Geschäftsführer/innen.
- (2) Die Gesellschaft wird durch zumindest zwei Geschäftsführer/innen gemeinsam vertreten. Die Generalversammlung kann, auch wenn mehrere Geschäftsführer/innen bestellt sind, allen oder einzelnen von ihnen selbständige Vertretungsbefugnis erteilen. Dem (den) Geschäftsführern obliegt die Leitung der Gesellschaft und die Entscheidung und Verfügung in allen gesellschaftlichen Angelegenheiten, welche nach dem Gesetz, dem Gesellschaftsvertrag oder einem Generalversammlungsbeschluss nicht der Generalversammlung vorbehalten sind. Eine Beschränkung der Vertretungsbefugnis eines Geschäftsführers hat gegenüber dritten Personen keine Wirkung. Jeder Geschäftsführer hat seine Tätigkeit mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes auszuüben.

§ 8 Generalversammlung

- (1) Die nach dem Gesetz und diesem Gesellschaftsvertrag den Gesellschaftern vorbehaltenen Beschlüsse, insbesondere
 - über den Jahresabschluss,
 - über die Verteilung des Bilanzgewinnes,
 - Änderung des Gesellschaftsvertrages einschließlich der Änderung des Unternehmensgegenstandes,
 - Neuaufnahme von Gesellschaftern
 - Abberufung/Bestellung von Geschäftsführern
 - Schaffung oder Änderungen einer Geschäftsordnung

werden in der Generalversammlung gefasst. Unter den Voraussetzungen des § 34 GmbHG (Paragraph vierunddreißig Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung) ist eine schriftliche Beschlussfassung möglich.

Geschäfte und Rechtshandlungen, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehen, bedürfen der Zustimmung der Generalversammlung. Zu den

zustimmungspflichtigen Maßnahmen und Geschäften sowie zur Beschlussobliegenheit gehören insbesondere Folgende:

- a. Erwerb und Veräußerung von Beteiligung oder Unternehmen
 - b. Errichtung oder Stilllegung von Betrieben und/oder Zweigniederlassung im In- und Ausland
 - c. Erwerb, Veräußerung und Belastung von Liegenschaften, soweit sie nicht zum gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gehören verpflichten.
 - e. Übernahme von Bürgschaften und Haftungen.
 - f. Auflösung der Gesellschaft und die Bestellung, sowie Abberufung der Liquidatoren und deren Vertretungsbefugnis
 - g. Umwandlung, Spaltung, Verkauf des Unternehmens und Ausgliederung des Unternehmens in eine Tochtergesellschaft
 - h. Genehmigung des Budgets für das Folgejahr
 - i. Genehmigung von Vereinbarungen über die privatwirtschaftliche Parkraumbewirtschaftung in der Wachau
 - j. Einrichtung eines Beirats
- (2) Die Beschlüsse werden, soweit nicht zwingende Gesetzesbestimmungen oder dieser Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmen, mit qualifizierter Mehrheit von 80 % der abgegebenen Stimmen gefasst. Soweit gesetzlich zulässig können Beschlüsse der Generalversammlung auch im Umlaufwege gefasst werden.
- (3) Die Generalversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft statt und haben mindestens einmal jährlich – innerhalb der ersten achte Monate des Geschäftsjahres – stattzufinden. Eine außerordentliche Generalversammlung kann von jedem Gesellschafter und jedem Geschäftsführer jederzeit einberufen werden. Sofern nichts anderes vereinbart wird, findet die Generalversammlung am Sitz der Gesellschaft statt.
- (4) Die Generalversammlung der Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer oder einen Gesellschafter mittels eingeschriebenen Briefes, Telefax oder Emails an die der Gesellschaft zuletzt bekannt gegebenen Anschriften bzw. Email-Adressen der Gesellschafter unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Zwischen dem Tag der Versendung der Einberufung und dem Tag der Generalversammlung muss ein Zeitraum von mindestens 14 (vierzehn) Tagen liegen.

- (5) Einberufungsmängel werden grundsätzlich durch die Anwesenheit oder rechtsgültige Vertretung aller Gesellschafter geheilt.
- (6) Die Gesellschafter können sich in der Generalversammlung durch eine von ihnen bevollmächtigte Person oder einen Rechtsvertreter mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen.
- (7) Das Stimmrecht richtet sich nach der übernommenen Stammeinlage. Je € 100,-- (Euro einhundert) gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter hat mindestens eine Stimme.

§ 9 Jahresabschluss

- (1) Die Geschäftsführung hat in den ersten fünf Monaten des Geschäftsjahres für das vergangene Geschäftsjahr den Jahresabschluss (Jahresbilanz samt Gewinn- und Verlustverrechnung und Anhang), den – soweit und sobald laut Gesetz erforderlich – Lagebericht sowie den Vorschlag zur Gewinnverteilung aufzustellen und unverzüglich den Gesellschaftern zu übersenden.
- (2) Die Gesellschafter beschließen jährlich innerhalb der gesetzlichen Frist über den Jahresabschluss; die Ergebnisverwendung und -verteilung, die Entlastung der Geschäftsführer und (soweit die Prüfung des Jahresabschlusses gesetzlich vorgeschrieben ist oder freiwillig erfolgt) die Bestellung des Abschlussprüfers. Die Gesellschafter sind insbesondere berechtigt zu beschließen, dass der Bilanzgewinn oder Verlust auf neue Rechnung vorzutragen ist.
- (3) Die Gesellschafter können über die Beträge der voll einbezahlten Stammeinlagen hinaus die Einforderung von weiteren Einzahlungen (Nachschüssen) beschließen. Dieser Beschluss bedarf der Mehrheit von **75 %**. Die Nachschusspflicht ist insgesamt auf die Höhe des 3 –fachen jeweiligen Stammkapitals beschränkt. Die Gesellschafter haben zur Aufbringung dieses Betrages nach dem Verhältnis der Stammeinlage beizutragen.

§ 10 Teilung und Übertragung von Geschäftsanteilen – Vorkaufs- und Aufgriffsrecht

- (1) Die Geschäftsanteile sind teilbar und nach Maßgabe von § 12 (3) dieses Gesellschaftsvertrages (Vinkulierung) übertragbar, wobei jeder Geschäftsanteil einer Stammeinlage von mindestens € 100,-- (Euro hundert) entsprechen muss.
- (2) Die Belastung von Geschäftsanteilen oder Teilen derselben bedarf der Zustimmung der Generalversammlung.
- (3) Die Übertragung von Geschäftsanteilen oder von Teilen derselben an Personen, die der Gesellschaft noch nicht als Gesellschafter angehören, bedarf zu ihrer Wirksamkeit der vorherigen Zustimmung mit einer Mehrheit von **75 %** der übrigen Gesellschafter (Vinkulierung).

Wird eine solche Zustimmung nicht innerhalb einer Frist von 30 (dreißig) Tagen ab Datum der Absendung (Poststempel) erteilt, kommt das Vorkaufsrecht nach Maßgabe von § 10 (4 und 5) dieses Gesellschaftsvertrages zur Anwendung.

- (4) Die Gesellschafter räumen einander ein Vorkaufsrecht an ihren jeweiligen gesamten Geschäftsanteilen und Teilen derselben gemäß §§ 1072 ff ABGB nach Maßgabe nachstehender Bestimmungen ein:
 - a. Beabsichtigt ein Gesellschafter, seinen Geschäftsanteil oder einen Teil seines Geschäftsanteils entgeltlich und/oder unentgeltlich an wen auch immer zu übertragen, hat er den übrigen Gesellschaftern eine Kopie des vollständigen und, abgesehen von der Nichtausübung des Vorkaufsrechtes, verbindlichen und bedingungslosen Anbots eines Dritten zu übersenden und seinen Geschäftsanteil mittels eingeschriebenen Briefes zum Erwerb anzubieten.
 - b. Das Vorkaufsrecht steht den verbleibenden Gesellschaftern im Verhältnis der von ihnen übernommenen Einlagen zu. Zur Annahme des Anbots steht den verbleibenden Gesellschaftern eine Frist von 30 (dreißig) Tagen ab Datum der Absendung (Poststempel) zu.
 - c. Sowohl im Falle einer entgeltlichen als auch im Falle einer unentgeltlichen Übertragung bestimmt sich der Vorkaufspreis nach dem in § 10 (5) dieses Gesellschaftsvertrages bestimmten Preis.
 - d. Sind einzelne Gesellschafter zur Übernahme eines weiteren Geschäftsanteils nicht bereit, so steht das Vorkaufsrecht den übrigen Gesellschaftern zu, wenn diese binnen einer weiteren Frist von 30 (dreißig) Tagen ab Datum der Absendung (Poststempel) erklären, die ihnen verhältnismäßig zustehende weitere Einlage, im Eventualfall, die gesamte noch freie Einlage, zu übernehmen.

- (5) Für den Fall der Ausübung des Vorkaufsrechtes hat die Abfindung des ausscheidenden Gesellschafters sofern sich die Vertragsparteien nicht binnen eines Monats ab Zugang der einseitigen Willenserklärung über die Ausübung des Vorkaufsrechts über einen anderen Betrag einigen, zu einem Preis zu erfolgen, der nach Anhörung beider Gesellschafter **auf Basis des jeweils aktuellen Gutachtens zur Unternehmensbewertung der Österreichischen Kammer der Wirtschaftstreuhänder** von einem einvernehmlich zu bestimmenden Wirtschaftstreuhänder festgestellt wird. Sollte keine Einigung über die Person des Gutachters binnen 30 (dreißig) Tagen gefunden werden, wird der Gutachter durch den Präsident der Kammer der Wirtschaftstreuhänder bestimmt. Die Kosten des Gutachtens tragen die beiden Gesellschafter jeweils zur Hälfte. **Anm.: Alternativ kann auch die Stammeinlage als Abtretungspreis vereinbart werden.**
- (6) Für den Fall, dass, soweit gesetzlich zulässig,
- a. über das Vermögen eines Gesellschafters ein Insolvenz-, Sanierungs- oder Reorganisationsverfahren rechtskräftig eröffnet oder
 - b. ein dahingehender Antrag mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird oder
 - c. in den Geschäftsanteil eines Gesellschafters Zwangsvollstreckung betrieben wird,
- so wird ein Aufgriffsrecht der übrigen Gesellschafter analog den obigen Bestimmungen unter Berücksichtigung des § 117 IO (Paragraph einhundsiebzehn Insolvenzordnung) und weiterer allenfalls anwendbarer unabdingbarer Bestimmungen der Insolvenzordnung und des GmbHG (Gesetz über Gesellschaften mit beschränkter Haftung) ausgelöst und ist die Stadt berechtigt, diesen Geschäftsanteil aufzugreifen. Als Abfindung gilt auch in diesen Fällen § 10 (5) dieses Gesellschaftsvertrages sinngemäß.
- (7) Im Fall des Todes eines Gesellschafters geht dessen Geschäftsanteil auf seine Rechtsnachfolger von Todes wegen (einschließlich etwa auch von Legataren) nur gemäß dem nachstehenden Satz über. Rechtsnachfolger eines verstorbenen Gesellschafters von Todes wegen (einschließlich etwa auch von Legataren) haben den vom verstorbenen Gesellschafter abgeleiteten Geschäftsanteil den übrigen Gesellschaftern zur Übernahme nach Maßgabe des § 10 (4) dieses Gesellschaftsvertrages anzubieten. Der Übernahmepreis ist nach Maßgabe des § 10 (5) dieses Gesellschaftsvertrages zu bestimmen.

Anm.: Da derzeit keine natürlichen Personen Gesellschafter sind ist diese Klausel aktuell ohne Wirkung; schadet aber nicht und sorgt für allfällige Änderungen bei den Gesellschaftern vor.

§ 11 Auflösung und Liquidation

- (1) Ein Auflösungsbeschluss im Sinne des § 84 (1) Z 2 GmbHG (Paragraph vierundachtzig Absatz eins Ziffer zwei des Gesetzes über die Gesellschaften mit beschränkter Haftung) bedarf einer Stimmenmehrheit von 75 % (in Worten fünfundsiebzig Prozent) aller bei der hierüber beschließenden Generalversammlung anwesenden Gesellschafter.
- (2) Liquidatoren der Gesellschaft sind der oder die Geschäftsführer, sofern nicht durch Generalversammlungsbeschluss andere Liquidatoren bestellt werden.

§ 12 Bekanntmachungen der Gesellschaft

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch Übersendung eingeschriebener Briefe an die Gesellschafter, an die der Gesellschaft zuletzt bekannt gegebene(n) Adresse(n) des (der) Gesellschafter(s) oder via E-Mail, sofern dieser Zustellungsart nicht ausdrücklich von einem Gesellschafter widersprochen wurde.

§ 13 Gründungskosten

- (1) Die mit der Errichtung und Registrierung dieser Gesellschaft verbundenen Kosten, Steuern und Gebühren bis zu einem Höchstbetrag von € 7.000,- (Euro siebentausend) werden zur Gänze von der Gesellschaft getragen.
- (2) Der tatsächlich in Anspruch genommene Betrag ist in die erste Jahresrechnung der Gesellschaft aufzunehmen.

§ 14 Allgemeine Bestimmungen

- (1) Sofern dieser Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt, gilt für die Gesellschaft das Gesetz für Gesellschaften mit beschränkter Haftung in seiner jeweiligen Fassung und subsidiär alle übrigen anwendbaren Gesetze.
- (2) Wenn eine Bestimmung dieses Gesellschaftsvertrages unzulässig, unwirksam oder

undurchsetzbar ist oder wird, so haben die Gesellschafter diese Bestimmung durch eine erlaubte, wirksame und durchsetzbare Bestimmung zu ersetzen, die dem Zweck der zu ersetzenden Bestimmung möglichst nahe kommt, oder den Vertrag sonst seinem jetzigen wirtschaftlichen Gehalt entsprechend bzw. möglichst nahekommend anzupassen. Das gilt sinngemäß auch für ergänzungsbedürftige Lücken.

- (3) Als ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem Gesellschaftsvertrag und dem Gesellschaftsverhältnis wird die Zuständigkeit des die Handelsgerichtsbarkeit am Sitz der Gesellschaft ausübenden Gerichts vereinbart.

§ 15 Vollmacht

Dr. Christoph Sauer, geb. am 24.03.1975, wird von den Gesellschaftern ermächtigt, in ihrem Namen, die zur Eintragung der Gesellschaft in das Firmenbuch erforderlichen Schritte zu unternehmen, allfällige erforderliche Änderungen des Gesellschaftsvertrages, wie insbesondere des Firmenwortlautes oder des Unternehmensgegenstandes, vorzunehmen, entsprechende Urkunden zu errichten, zu unterfertigen und im Firmenbuch eintragen zu lassen sowie allfällige Erklärungen, die von Gericht oder von sonstigen Behörden gefordert werden, abzugeben.

Krems, am _____